

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Helge Limburg und Imke Byl (GRÜNE)

Welche Maßnahmen hat das Justizministerium zur wirksamen Bekämpfung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen bereits eingeleitet und welche noch geplant?

Anfrage der Abgeordneten Helge Limburg und Imke Byl (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 16.03.2021

Auf der Herbstkonferenz 2020 der Justizministerinnen und -minister haben sich diese mit Maßnahmen zur Verbesserung der Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen befasst. Demzufolge gibt es seit Jahren eine hohe Quote von Tötungsdelikten von Partnern und Ex-Partnern, die ein Handeln notwendig machen, zumal Frauen und Mädchen überdurchschnittlich häufiger von Sexualdelikten, häuslicher Gewalt und Nachstellungen betroffen seien.

Die Justizministerkonferenz hat dazu beschlossen, die Fragen der justiziellen statistischen Erhebung, der strafrechtlichen und strafprozessualen Möglichkeiten, jedoch auch der zivil- und insbesondere familienrechtlichen Ansatzpunkte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Hierzu soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

1. Wie hat sich die Anzahl der Tötungsdelikte von Frauen durch Partner bzw. Ex-Partner in Niedersachsen in den letzten drei Jahren entwickelt?
2. In wie vielen Fällen hat es in den letzten drei Jahren Tötungsdelikte gegenüber Mädchen in Niedersachsen gegeben?
3. Welche Erkenntnisse über den Einfluss von digitalen Phänomenen wie Hate Speech in sozialen Netzwerken und Cybermobbing hat die Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen?
4. Hält die Landesregierung es für erforderlich, Maßnahmen, wie z. B. die Zugehörigkeit des Opfers zu einem bestimmten Geschlecht, auch als Hasskriminalität zu kategorisieren und frauenfeindlich motivierte Straftaten auch als solche zu benennen und bundeseinheitlich zu erfassen? Welche weiteren Maßnahmen der Justiz hält die Landesregierung gegebenenfalls für erforderlich?
5. In welcher Form bzw. mit welchen eigenen Vorhaben wird sich die Landesregierung an der Bund-Länder Arbeitsgruppe beteiligen?

(Verteilt am 31.03.2021)